



An das  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

BMF - I/4 (I/4)  
Johannesgasse 5  
1010 Wien

Sachbearbeiterin:  
Mag. Susi Perauer  
Telefon +43 1 51433 501165  
e-Mail Susi.Perauer@bmf.gv.at  
DVR: 0000078

GZ. BMF-110500/0012-I/4/2016

**Betreff: Zu GZ. BKA-602-040/0013-V/1/2016 vom 28. April 2016  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert wird;  
Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen  
(Frist: 1. Juni 2016)**

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, zu dem mit Note vom 28. April 2016 unter der Geschäftszahl BKA-602-040/0013-V/1/2016 zur Begutachtung übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert wird, fristgerecht wie folgt Stellung zu nehmen:

Auf Seite 2 der beiliegenden Wirkungsorientierten Folgenabschätzung (WFA) sollte der letzte Satz lauten:

„Die dem Bund entstehenden Mehraufwendungen können aus den Voranschlagsansätzen des jeweiligen Bundesministeriums bedeckt werden.“ (Entfall des Wortes „voraussichtlich“)

Darüber hinaus besteht seitens des Bundesministeriums für Finanzen **kein Einwand** gegen den vorliegenden Entwurf.

Das Bundesministerium für Finanzen ersucht um entsprechende Berücksichtigung der vorliegenden Stellungnahme. Dem Präsidium des Nationalrates wurde diese Stellungnahme in elektronischer Form zugeleitet.

01.06.2016

Für den Bundesminister:

Mag. Heidrun Zanetta

(elektronisch gefertigt)